



Sessionsbericht – Sondersession Nationalrat

Rapport de session – Session spéciale Conseil National

03. Mai bis 05. Mai 2021

Von Michael Mandl, Fraktionssekretär

Unsichere Zeiten für den bilateralen Königsweg

In den letzten Wochen wurde immer klarer, dass die finalen Verhandlungen zum institutionellen Rahmenabkommen mit der EU stark von den grossen Differenzen zwischen der EU und der Schweiz geprägt sind. Entsprechend hat sich die FDP-Liberale Fraktion in den vergangenen Tagen und Wochen proaktiv mit den möglichen Szenarien für das weitere Vorgehen auseinandergesetzt und einen [3-Säulen-Aktionsplan](#) entwickelt, sollte das InstA scheitern. Denn für die Schweiz ist und bleibt der bilaterale Weg der Königsweg.

Die aktuelle Situation führt leider unweigerlich zu einer Blockierung der Verhandlungen in vielen Dossiers, von denen alle Departemente betroffen sind. Damit kommt mittel- und langfristig nicht nur der Wirtschaftsstandort, sondern auch der gesamte Wohlstand der Schweizer Bevölkerung unter Druck. Aus diesem Grund hat die FDP-Liberale Fraktion in der abgelaufenen Sondersession eine Fraktionsinterpellation eingereicht (siehe Kapitel 4), die Antworten auf die zentralen Fragen zum Fortbestand und der Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen geben soll. Denn aus Sicht der FDP ist klar: Alle Departemente sollten ein grosses Interesse an der Sicherung des bilateralen Weges haben. So muss darum z.B. das WBF aufzeigen, wie es gedenkt, die Schweizer Teilnahme an Horizon Europe und Erasmus plus zu ermöglichen, wenn die Verhandlungen zum InstA scheitern? Auch das EDI muss klarstellen, mit welchen Konsequenzen für das bereits ausgehandelte Gesundheitsabkommen zu rechnen wäre? Zu hoffen ist, dass wir mit dieser Interpellation nicht nur aufschlussreiche Antworten erhalten werden, sondern auch aufgezeigt werden kann, welchen Mehrwert die Bilateralen Beziehungen der Schweiz bringen.

1. Don d'organes : Oui au principe du consentement présumé

Les donneurs d'organes sont peu nombreux en Suisse. Modifier la loi sur la transplantation en passant d'un système de consentement explicite à un système de consentement présumé permettrait une augmentation significative du nombre de donneurs. La liberté de choix resterait garantie grâce à la possibilité de s'opposer de son vivant à ce que ses organes soient prélevés. Les proches de la personne décédée conserveraient toutefois un droit d'opposition subsidiaire, qui les autoriserait à s'opposer à tout prélèvement si le défunt n'a pas fait explicitement part de sa volonté. C'est ce principe que la chambre basse a approuvé en soutenant le contre-projet. Le Conseil national, groupe libéral-radical inclus, a largement adopté le contre-projet à l'initiative sur le don d'organes. Seule une frange de l'UDC s'y est opposée.

Le groupe libéral-radical aurait souhaité combiner ce changement de paradigme, d'un consentement explicite à un consentement présumé au sens large, avec une consultation plus fréquente des citoyennes et citoyens quant à leur disposition à donner leurs organes ou non. Malheureusement, une faible majorité du National a rejeté cette idée.

L'initiative populaire, qui propose quant à elle un principe de consentement présumé au sens stricte, ne prévoyant donc pas de consultation des proches, a quant à elle été approuvée par 88 voix contre 87. Comme le conseil, le groupe libéral-radical était divisé sur la question. L'initiative et son contre-projet seront traités au Conseil des Etats ces prochains mois.

2. Zeitgemässe Ermittlungen dank dem DNA-Profil-Gesetz

Kern der Vorlage ist die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die sogenannte Phänotypisierung. Heute darf bei DNA-Spuren nur nach Übereinstimmungen in vorhandenen Datenbanken gesucht werden und es darf nur das Geschlecht eruiert werden. Durch den wissenschaftlichen Fortschritt ist es mittlerweile aber auch möglich, aus DNA-Spuren Hinweise auf äusserliche Merkmale wie beispielsweise Haar- und Augenfarbe, Alter oder biogeografische Herkunft herauszulesen. Der FDP, die sich der Innovation verschrieben hat, ist es wichtig, den Ermittlungsbehörden die zeitgemässen Instrumente zu geben, um die Sicherheit in der Schweiz zu fördern.

Eine Erhöhung der Hürden für die Zulassung der Phänotypisierung lehnte die FDP-Fraktion mit der Mehrheit des Nationalrats ab. Sie gewichtete das öffentliche Sicherheitsinteresse höher als die mit der Auswertung einer DNA-Spur auf phänotypische Merkmale verbundenen Eingriffe in die persönliche Freiheit und die Privatsphäre. Allerdings war die FDP-Fraktion aufgrund dieser Grundrechtseingriffe trotzdem der Ansicht, dass die Phänotypisierung einer gesetzlichen Grundlage auf Gesetzes- und nicht nur auf Verordnungsstufe bedarf. Sie wehrte sich daher gegen die Delegation der Kompetenz an den Bundesrat, die Auswertung neuer Phänotypisierungsmerkmale bei entsprechender Entwicklung der Technik zuzulassen. Der Nationalrat stellte sich in dieser Frage leider mit 97 zu 88 Stimmen gegen die Sicherheitspolitische Kommission und die FDP-Fraktion.

Die Vorlage regelt auch den Suchlauf nach Verwandtschaftsbezug. Ergibt sich in der Datenbank eine Übereinstimmung mit einem bereits vorhandenen DNA-Profil, wird im Kreis der Verwandten nach dem Spurenleger gesucht. Anträge von SP und Grünen, die Auflagen für die Anwendung strenger zu fassen, wurden mit Unterstützung der FDP abgelehnt. Die von der FDP geforderte Verlängerung der Löschfristen konnte nicht durchgesetzt werden. In der Gesamtabstimmung nahm der Nationalrat die Vorlage mit 125 zu 54 Stimmen bei 12 Enthaltungen an. Die Vorlage geht nun in den Ständerat, wo deren Kommission für Rechtsfragen die Vorberatung übernehmen wird.

3. Geschäfte des Nationalrats

Asylverfahren: Das Staatssekretariat für Migration (SEM) soll die Möglichkeit erhalten, Handys, Tablets und andere elektronische Datenträger von Asylsuchenden auszuwerten. Wenn die Identität, die Nationalität oder der Reiseweg eines Asylsuchenden aufgrund der Identitätsausweise oder auf andere Weise nicht festgestellt werden kann, sollen die Daten den Behörden vorübergehend zur Auswertung ausgehändigt werden müssen. Der Nationalrat hat mit 123 zu 65 und der geschlossenen Unterstützung der FDP-Fraktion einer entsprechenden Änderung des Asylgesetzes zugestimmt. Damit wird eine verhältnismässige Lösung geschaffen, um das Problem der schweren Identifikation von Asylsuchenden (70-80% können ihre Identität nicht nachweisen) anzugehen. Das Geschäft geht als nächstes in den Ständerat.

Drittstaatenkontingente: Der Nationalrat hat eine Motion von aNR Fathi Derder (übernommen von Philippe Nantermod) mit 104 zu 74 Stimmen sehr zur Freude der FDP angenommen. Die Motion will statt der heutigen Kontingente für Angehörige von Drittstaaten, die in der Schweiz arbeiten, einen flexibleren Bewilligungsmechanismus. Dieser soll auf die Bedürfnisse der Branchen ausgerichtet sein, in denen es zu wenige inländische Arbeitskräfte gibt. Denn viele Unternehmen aus Hightech-Branchen finden die benötigten Arbeitskräfte in der Schweiz und sogar in Europa nicht mehr. Mit der Annahme nimmt eine langjährige Forderung der FDP den ersten Schritt zur Umsetzung. Die Motion geht nun noch in den Ständerat.

Staatsverträge: Völkerrechtliche Verträge, die aufgrund ihrer Bedeutung auf der gleichen Stufe wie die Bundesverfassung stehen, sollen nicht automatisch dem obligatorischen Referendum unterstehen. Nachdem der Ständerat der Verfassungsänderung noch im Herbst 2020 mit 27:12 angenommen hatte. Entschied der Nationalrat in dieser Session mit 140 zu 50 Stimmen bei 1 Enthaltung nicht auf die Vorlage einzutreten. Auch die FDP-Fraktion stimmte beinahe einstimmig für ein Nichteintreten. Dies obwohl das Anliegen der Vorlage, die Stärkung der demokratischen Legitimation von Völkerrecht, ein erklärtes Ziel der FDP ist und die FDP die zugrundeliegende Motion von SR Andrea Caroni unterstützt hatte. An diesem Ziel hält die FDP fest. Bei der Umsetzung stellen sich nun aber ganz grundsätzliche Probleme der Umsetzung, ob mit der Vorlage eine Verbesserung gegenüber der aktuellen Rechtslage herstellen lässt. Das Geschäft geht zurück an den Ständerat.

Pa. Iv. Bourgeois. Stopp dem ruinösen Preisdumping beim Zucker: Der Nationalrat will die Zuckerproduktion in der Schweiz entgegen der mehrheitlichen Opposition der FDP weiterhin stützen. Die Forderung nach einem Mindestpreis für Zucker war im Nationalrat und auch schon in den vorberatenden Kommissionen aber umstritten. Die Befürworter wollten den Fortbestand der Schweizer Zuckerwirtschaft sichern, insbesondere angesichts der sinkenden EU-Preise für Zucker und den Auswirkungen auf den Schweizer Zuckermarkt und die Attraktivität des Zuckerrübenanbaus. Die Gegner betonten, dass der befürchtete Einbruch der Schweizer Zuckerwirtschaft aufgrund der Liberalisierung des Zuckermarktes in der EU ausgeblieben war, und dass das Verankern eines Mindestpreises im Gesetz eine spätere Anpassung des Tarifs aufgrund sich verändernder Herausforderungen ohne Gesetzgebung künftig nicht mehr möglich wäre. Des Weiteren werde somit dem Zucker eine Ungleichbehandlung gegenüber anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen zuteil, denn es erhalte doppelte Unterstützung durch das gleichzeitige Schützen und Subventionieren. Die Mehrheit der FDP schloss sich dieser ablehnenden Haltung an. Gegen den Willen des Bundesrates sowie von FDP, Grünen und Grünliberalen hat der Nationalrat schliesslich den Änderungen im Landwirtschaftsgesetz zugestimmt. Der Nationalrat sprach sich mit 117 zu 66 Stimmen bei 4 Enthaltungen dafür aus, Einzelkulturbeiträge an Bauern und Grenzschutz für Zucker gesetzlich zu verankern. Beide Stützungsmaßnahmen sind derzeit und bis zum kommenden September auf Verordnungsstufe geregelt. Die Einzelkulturbeiträge will der Nationalrat allerdings bis 2026 befristen. Nun ist der Ständerat am Zug.

Versicherungsaufsichtsgesetz: Der Nationalrat will die Aufsicht über Versicherungen lockern, die nur Grossunternehmen bedienen. Zudem sollen ungebundene Versicherungsvermittler die Kunden über ihre Provisionen informieren müssen. Und Versicherungen sollen künftig saniert werden können. Auch die Ratslinke, welche mit allen Minderheitsanträgen scheiterte, gab schliesslich grünes Licht. Der Nationalrat hat diese verschiedenen Änderungen des Versicherungsaufsichtsgesetzes darum im Interesse der FDP einstimmig gutgeheissen. Die Vorlage soll noch im Laufe des Jahres vom Ständerat beraten werden.

4. Vorstösse der FDP-Liberale Fraktion

21.3516. Ip. FDP-Liberale Fraktion (Sprecher NR Walti). Sicherung des bilateralen Weges: Interessen der Departemente?

Text

Die Verhandlungen zum Rahmenabkommen befinden sich in einer heiklen Phase. Die Differenzen zwischen der EU und der Schweiz bzgl. der offenen Punkte bleiben gewichtig. Bei einem allfälligen Verhandlungsabbruch drohen negative Konsequenzen, die alle Departemente betreffen. Entsprechend hat jedes Departement ein grosses Interesse an der Sicherung des bilateralen Weges. Der Bundesrat wird deshalb gebeten darzulegen, wie im Falle eines Scheiterns des Rahmenabkommens vorzugehen ist und namentlich die folgenden Fragen zu beantworten:

1. EDA: Wie plant der Bundesrat die bilaterale Beziehung zur EU weiterzuentwickeln, falls das Rahmenabkommen scheitert?
2. WBE: Wie gedenkt der Bundesrat die Schweizer Teilnahme an Horizon Europe und Erasmus plus zu ermöglichen? Wie will der Bundesrat die Nachteile bei einer Nicht-Assoziierung für den Schweizer Forschungs- & Bildungsstandort abfedern? Wie gedenkt der Bundesrat die jeweilig anstehende Aktualisierung des MRA für die betroffenen Branchen (Medizinaltechnik, Pharma, Maschinenbau etc.) zu bewirken?
3. EDI: Was wären die Konsequenzen für das bereits ausgehandelte Gesundheitsabkommen? Droht der konstante Ausschluss aus dem Frühwarn- und Reaktionssystem der EU (EWRS)? Was sind die Konsequenzen einer Nichtaktualisierung des MRA für die Pharmabranche?
4. EFD: Wie wäre der Finanzdienstleistungssektor langfristig betroffen? Welche alternativen Kooperationsmöglichkeiten mit der EU sind denkbar? Was sind die Aussichten, die Börsenäquivalenz wieder zu erlangen? Sind neben der bestehenden Gegenmassnahme weitere Massnahmen geplant?
5. UVEK: Die Stromversorgungssicherheit sowie die Stabilität des Stromnetzes kann im stark vernetzten europäischen Strommarkt von keinem Land allein gewährleistet werden. Wie kann diese in der Schweiz ohne ein Stromabkommen sichergestellt werden? Auch im Verkehr ist die enge Zusammenarbeit zentral. Welche Konsequenzen sind bzgl. des geplanten Beitritts in die EU-Eisenbahngentur (ERA) zu erwarten?
6. EJPD: Befürchtet der Bundesrat eine Verweigerung der Datenschutzäquivalenz durch die EU und wie würde er darauf reagieren? Welche Pläne hat der Bundesrat, um administrative Mehrbelastungen und die höheren Sanktionsrisiken zu kompensieren? Inwiefern ist die Zusatzvereinbarung im Bereich Grenzmanagement und Visa (BM
7. VBS: Mit welchen Auswirkungen wäre bei der Gewährleistung der Cybersicherheit zu rechnen?